

Pressemitteilung (SPERRFRIST: 30.09.2026, 8 Uhr)

Neue RIAS-Publikation „Antisemitismus in islamischen und islamistischen Kontexten“ zeichnet differenziertes Bild

Berlin, 30.09.2026: Antisemitische Vorfälle mit islamischem oder islamistischem Hintergrund haben seit dem 7. Oktober 2023 zugenommen. Sie werden vergleichsweise selten dokumentiert, aber überdurchschnittlich häufig gewaltförmig. Erstmals wertet der Bundesverband RIAS diese Vorfallsdaten seit 2019 aus und untersucht, wie islamistische Akteure in Deutschland Antisemitismus politisch nutzen.

Überdurchschnittlich gewaltförmig und deutlicher Anstieg nach dem 7. Oktober 2023

Zwischen 2019 und 2025 dokumentierten RIAS-Meldestellen 564 antisemitische Vorfälle mit islamischem oder islamistischem Hintergrund. Ihr Anteil an den mehr als 30.000 von RIAS erfassten Vorfällen ist gering. Allerdings waren 15,1 % der Vorfälle Bedrohungen, Angriffe oder Fälle extremer Gewalt. Der relative Anteil an gewaltförmigen Vorfällen war damit mehr als doppelt so hoch wie im gesamten dokumentierten Vorfallgeschehen (6,1 %). Knapp 80 % der 564 Vorfälle wurden seit dem 7. Oktober 2023 erfasst.

Terroristische Angriffe und Bedrohungen

Das Gefahrenpotenzial verdeutlichen terroristische Anschläge in den vergangenen Jahren: Dazu zählen die Schüsse auf die Alte Synagoge in Essen durch Mitglieder einer iranischen Terrorzelle im Jahr 2022 oder der islamistische und antisemitische Messerangriff am Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Dabei wurde im Februar 2025 ein Tourist schwer am Hals verletzt. Auch im Alltag trifft Antisemitismus mit islamischem oder islamistischem Hintergrund Jüdinnen:Juden. In Frankfurt a. M. wurden im Juni 2024 zwei Kippa tragende Personen öffentlich antisemitisch angegangen. Einer einschreitende Person wurde gedroht, Allah werde sie töten.

Islamistische Akteure suchen gesellschaftliche Anschlussfähigkeit

Der Bundesverband RIAS untersucht ebenfalls, wie islamistische Akteure israelbezogenen Antisemitismus als Teil politischer Mobilisierung nutzen. Die untersuchten Gruppen stehen der verbotenen islamistischen Organisation Hizb ut-Tahrir nahe. Die Gruppen versuchen über islamistische Milieus hinaus Reichweite zu erzielen. Die Kampagne ‚Nie wieder Staatsräson!‘ verdeutlicht dies: Ihre Petition erreichte mehr als 500.000 Unterschriften. Die Akteure knüpften an öffentliche Debatten zu Israel an und verbreiteten antisemitische Narrative, wie die Rede von

Israel als „zionistisches Kolonialprojekt“. Die Analyse zeigt, dass Antisemitismus auch darüber hinaus zentral in dem Weltbild islamistischer Gruppen ist.

Antisemitismus stärker mit radikalen Haltungen verbunden nach dem 7. Oktober

Zwei Studien der Wissenschaftlerin Dr. Sarah Demmrich zu antisemitischen Einstellungen unter Teilen der muslimischen Bevölkerung in Deutschland ergänzen die Ergebnisse des Bundesverbands RIAS. Die erste Studie zeigt die deutlich stärkere Verbreitung antisemitischer Einstellungen unter den untersuchten angehenden islamischen Religionslehrenden gegenüber der Gesamtbevölkerung.

In einer zweiten Studie zeigt Demmrich, dass es nach dem 7. Oktober keinen deutlichen Anstieg antisemitischer Zustimmungswerte unter Muslim:innen gab. Signifikant gestiegen ist jedoch der Zusammenhang zwischen Antisemitismus und radikalen Haltungen wie religiösem Fundamentalismus oder auch dem Verständnis für Terror und Gewalt.

Entschlossenes Handeln von Politik und Zivilgesellschaft gefordert

Benjamin Steinitz, Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS, sieht in den Ergebnissen einen klaren Handlungsauftrag: *„Antisemitismus muss als wesentlicher Bestandteil islamistischer Mobilisierung klar benannt und entschlossen bekämpft werden. Dafür sind rechtsstaatliche Mittel und Präventionsangebote notwendig. Zudem darf islamistischen Akteuren keine Legitimation verschafft werden, in dem diese als demokratische Partner von Staat oder Zivilgesellschaft behandelt werden. Die Auseinandersetzung mit Islamismus darf nicht rechtsextremen Akteuren und ihrer muslimfeindlichen Agenda überlassen werden.“*

Studienautorin PD Dr. Sarah Demmrich ergänzt: *„Antisemitismus unter Muslim:innen ist ein ernst zu nehmendes Problem auch jenseits islamistischer Milieus. Umso wichtiger ist es, dass Staat und Zivilgesellschaft demokratische Strukturen sowie eine offene, nicht-fundamentalistische Religiosität in Moscheegemeinden stärken und das Vertrauen in öffentliche Institutionen wie Polizei und Justiz fördern. Nur so lassen sich Bedrohungswahrnehmungen abbauen und Radikalisierung vorbeugen.“*

Islamistische Ideologien bedrohen unterschiedliche Minderheiten

Die kurdische politische Bildnerin Fatma Keser berichtet in der Publikation von Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber Kurd:innen in Deutschland. Dabei verweist sie auf Gemeinsamkeiten antisemitischer und antikurdischer Feindbilder: die Ablehnung von Pluralismus, kollektive Schuldzuschreibungen und die Legitimation von Gewalt. Keser plädiert

dafür, den Kampf gegen Islamismus als gemeinsamen zu begreifen: „*Wir sind nicht allein. Wer gegen Islamismus kämpft, stellt sich an die Seite von Êzîd:innen, Belutsch:innen, Kurd:innen, Alevit:innen, Jüdinnen und Juden, Assyrer:innen und vielen anderen Betroffenen.*“

Die Publikation „Antisemitismus in islamischen und islamistischen Kontexten. Einstellungen – Vorfälle – Akteure“ erscheint am 30. September 2026 unter report-antisemitism.de/analysis.

Für Rückfragen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an Marco Siegmund, Leitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unter: presse@report-antisemitism.de oder 0176 345 451 55

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Publikation „Antisemitismus in islamischen und islamistischen Kontexten. Einstellungen – Vorfälle – Akteure“ wurde gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie Leben